bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

FOTO: SPD BREMEN

Bei strahlendem Sonnenschein erlebten mehrere Tausend Menschen einen gut gelaunten SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück in Bremen.

„ICH WILL BUNDESKANZLER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND WERDEN!“

Rund 5.000 Menschen auf dem Bremer Marktplatz und mittendrin SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Es war ein neues, ein anderes Konzept, welches Peer Steinbrück am 28. August in „Bremens guter Stube“ präsentierte: Podium in der Mitte statt Bühne am Rande – Dialog mit den Menschen statt Monolog eines Einzelnen. Mehr als 100 Fragen wurden vom Publikum gestellt, knapp ein Dutzend arbeitete Peer Steinbrück zu Beginn der Veranstaltung ab. Steinbrück schritt bei der Beantwortung der Fragen immer wieder das runde Podium auf und ab, es gab kein links und kein rechts der Bühne, der Kandidat war mittendrin und punktete bei allen Themen! Mindestlohn, Bildung, Rente, Pflege und das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare waren einige der vielen Themen auf die Steinbrück einging. Gefragt nach dem Unterschied zwischen ihm und Angela Merkel antworte der SPD-Kanzlerkandidat trocken: „Ich habe Ecken und Kanten – Frau Merkel fährt lieber Kreisverkehr – außerdem bin ich nicht langweilig!“

Viel Beifall bekam Peer Steinbrück für seine Forderung, dass Deutschland wieder gerecht werden muss – Gerechtigkeit sei eine Bedingung für ein soziales und wirtschaftlich starkes Deutschland! „In dieser Gesellschaft ist etwas aus dem Lot geraten“, führte Peer Steinbrück aus und fügte hinzu: „Das möchte ich als Bundeskanzler dieses Landes ändern, darum bitte ich Sie um Ihr Vertrauen – Ich will Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden!“ ■

Weitere Informationen und Fotos der Veranstaltung gibt es unter www.spd-land-bremen.de.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.), Kevin Lenkeit.
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, André Städler (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen

ANPACKEN FÜR BREMEN UND BREMERHAVEN

Von Uwe Beckmeyer

FOTO: UWE BECKMEYER

Kandidatentreff: Uwe Beckmeyer im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern.

Zu viel vom Falschen – das war die schwarz-gelbe Politik seit 2009. Union und FDP haben in den vergangenen vier Jahren keinerlei Ambitionen gezeigt, eine sozial gerechte, zukunftsweisende Politik für unser Land zu gestalten. Stattdessen: Arbeitsagenturen geschlossen, Minijobs ausgeweitet, Rentenkasse geschröpft, Städtebauförderung gekappt.

Die Folgen bekommen wir vor Ort zu spüren. Jeder Vierte im Land bezieht trotz Vollzeitjob einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle. Weil Minijobs zu Minirenten führen, lag 2012 die Durchschnittsrente für Neurentner im Land bei 921 Euro – Frauen konnten in Bremen und Bremerhaven sogar nur mit 540 Euro rechnen. In Stadtteilen, die wie Gröpelingen und Blumenthal, Lehe und Geestemünde einen besonderen Förderbedarf haben, brechen wichtige Projekte weg, weil es keine Bundesmittel für Programme wie „Soziale Stadt“ mehr gibt. Diese Probleme lassen sich nicht wegdiskutieren, sie müssen gelöst werden.

Mindestlohn, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Solidarrente – das gibt es nur mit der SPD. Gemeinsam müssen wir diese Aufgaben anpacken. Es gibt viel zu tun. Denn Schwarz-Gelb hat keine einzige Weichenstellung für die Zukunft getroffen, weder bei der Rente, noch in der Gesundheitspolitik oder auf dem Arbeitsmarkt. Es war die SPD, die wichtige Reformen angestoßen hat. Das war nicht einfach, hat uns Streit gebracht und Zustimmung gekostet, auch in Bremen und Bremerhaven, und nicht alles war im Nachhinein richtig. Aber wir haben angepackt und nicht die Hände gefaltet.

Und die Kanzlerin? Sie setzt sich an den gedeckten Tisch und verfrühstückt munter die Vorräte, ohne Neue anzulegen. Die schwarz-gelben Wahlversprechen kosten mindestens 45 Milliarden Euro. Von Gegenfinanzierung ist keine Rede, und den demographischen Wandel und die zunehmende soziale Spaltung in unserem Land ignorieren Angela Merkel und ihre Koalitionäre komplett.

Dabei zeigt gerade das Beispiel Bremen und Bremerhaven, wie wichtig eine konsequente Strukturpolitik ist. Viel haben wir geschafft. Die Beispiele Windenergie, Gesundheitswirtschaft, Tourismus zeigen: Stärken wir Schlüsselbranchen, nutzt das Betrieben und Beschäftigten. Im Gesundheitswesen arbeiten im Land rund 155.000 Menschen und in der Windenergie hat unser Land bundesweit die Nase vorn. Rückenwind für den Strukturwandel.

Die SPD hat im Deutschen Bundestag in den vergangenen vier Jahren zahlreiche Initiativen gestartet, für aktive Arbeitsmarktpolitik, für bessere Kinderbetreuung, für eine faire Steuerpolitik. Ich habe 30 Anträge und über 50 Anfragen allein zur Verkehrspolitik, den Küstenthemen und der Energiepolitik eingebracht, um zu zeigen, dass es auch anders geht. Schwarz-Gelb hat jeden Neustart verhindert. Wenn Bremen und Bremerhaven bisher vergleichsweise gut durch die Krise gekommen sind, dann nicht wegen, sondern trotz dieser Bundesregierung.

Jetzt stehen wir an der Wegscheide. Die Aufgabe ist keine geringere als eine Politik für die Zukunft zu gestalten, die über eine Wahlperiode hinaus trägt, die verantwortungsvoll, ehrlich und gerecht ist – oder anders gesagt: eine sozialdemokratische Politik. Dafür setze ich mich ein, und für diese Arbeit bitte ich um Ihre und Eure Unterstützung. ■

BECKMEYER UNTERWEGS:

14.09.2013
Bremerhaven-Tag der SPD

Bremen-Nord-Fest der SPD

15.09.2013
Betriebsversammlung GHB Bremen

Kaffeefahrt mit der MS Geestemünde

16.09.2013
Betriebsversammlung beim DB-Ausbesserungswerk Bremen

Besuch beim Seniorentreff in Bremerhaven

17.09.2013
Hausbesuche in Bremerhaven

Unterwegs mit dem Kandidatenbus in Bremen-Vegesack

18.09.2013
Übernahme einer Ausbildungspatenschaft Cuxhaven

20.09.2013
Infostand in Bremen-Woltmershausen

21.09.2013
Rosen verteilen in der Bremerhavener Innenstadt

FÜR UNS IN BERLIN

Von Uwe Beckmeyer

Im Deutschen Bundestag arbeite ich in den Gremien, die für die Zukunft unseres Landes besonders wichtig sind: im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie im Haushaltsausschuss. Meine Themen? Infrastruktur und Geld. Was heißt das konkret? Lärmschutz in Bremen-Walle, Kampf gegen Schrottimmobilien in Bremerhaven-Lehe, energetische Stadtsanierung, barrierefreie Bahnhöfe, umweltfreundliche Motoren – kurz: Fragen, die uns alle im Stadtteil, im unmittelbaren Lebensumfeld betreffen. Eine Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik, wie ich sie verstehe, muss die Bedürfnisse von Wirtschaft und Bevölkerung berücksichtigen, eine lebenswerte Umwelt und damit die Grundlage für künftige Generationen erhalten. Nicht theoretisch, sondern ganz praktisch: In Bremerhaven, Bremen-Stadt und Bremen-Nord. ■

FOTO: SPDFRAKTION.DE (SUSIE KNOLL/FLORIAN JÄNICKE)

Direktkandidat der SPD im Wahlkreis 55: Uwe Beckmeyer tritt wieder für SPD an.

ZUR PERSON:

2002 ist Uwe Beckmeyer als Vertreter Bremens und Bremerhavens erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Seinen Wahlkreis hat er 2009 zum dritten Mal als Direktkandidat der SPD gewonnen. Als Lotse der Küstengang und Maritimer Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion kümmert sich der gebürtige Bremerhavener besonders um die Themen der Küste. Für Wirtschaft, Arbeit und Häfen war Beckmeyer, der vor seiner politischen Laufbahn fünf Jahre lang als Lehrer für Mathematik und Physik in der Seestadt gearbeitet hat, auch als Mitglied des Bremer Senats von 1987 bis 1999 zuständig.

„Ein gutes Stück sozialer Demokratie"

Privatisierungsbremse: Bremische Bürgerschaft beschließt SPD-Initiative

Schimmel im Bad, kaputte Fenster, verzweifelte Mieter – wer eine Vorstellung davon bekommen möchte, was man den Bürgern einer Stadt antut, wenn man den kommunalen Wohnungsbestand Hals über Kopf an den Meistbietenden verkauft, der muss nur in die sächsische Landeshauptstadt schauen. Dresden hat 2006 seine städtische Wohnungsbaugesellschaft WOBA – und damit jede fünfte Mietwohnung der sächsischen Landeshauptstadt – für über 981 Millionen Euro an die Gagfah verkauft. Auf diese Weise war Dresden auf einen Schlag schuldenfrei. Was auf den ersten Blick so verführerisch einfach alle Haushaltsprobleme zu lösen schien, erwies sich rasch als schwerer Fehler. Zuletzt machte die Stadt damit Schlagzeilen, dass sie gegen die Gagfah einen Prozess anstrengen musste, weil das Unternehmen seinen Verpflichtungen aus dem damaligen Privatisierungsvertrag nicht nachgekommen war. Betroffen waren 450 Häuser mit hunderten Wohnungen und Mietern.

Der Dresdner SPD-Stadtratsfraktionschef Peter Lames machte schließlich keinen Hehl daraus, was für die Stadt und die Mieterinnen und Mieter das Beste wäre. „Am besten wäre es, wenn am Ende wieder ein städtisches Wohnungsunternehmen entsteht." Am Ende wurde ein Vergleich geschlossen. Die Uhr ließ sich nicht zurückdrehen.

Das Beispiel Dresden macht deutlich: Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen ist eine Maßnahme, die anders als viele andere politische Entscheidungen, in der Regel nicht mehr umkehrbar ist. „Eine Entscheidung bspw. über den Verkauf der GEWOBA mit gut 80.000 Mietern und 500 Beschäftigten, darf deshalb weder schnell, noch ohne wirklich nachhaltigen Rückhalt in der Bevölkerung fallen", mit diesen Worten begründete der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Björn Tschöpe, die Festschreibung der sog. Privatisierungsbremse in der Bremischen Landesverfassung, die die Bürgerschaft in ihrer Augustsitzung mit den Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken beschlossen hatte.

Viele Gemeinden haben seit Mitte der 90er Jahre u.a. ihre kommunalen Wohnungsbaugesellschaften leichtfertig verkauft. Auch in Bremen hat es immer wieder politische Antritte gegeben, bspw. die GEWOBA zu verkaufen. „Sollte sich in Zukunft jemals in Bremen eine parlamentarische Mehrheit für einen solchen Schritt finden, würde eine entsprechende Privatisierung nur dann durchgeführt werden können, wenn dieses auch eine Mehrheit in der Wahlbevölkerung so will." Gleiches gilt für die BSAG, die GENO und alle weiteren wichtigen Kapitalgesellschaften, auf die Bremen einen beherrschenden Einfluss hat. Mit der Einführung der Privatisierungsbremse werden Privatisierungen zwar nicht grundsätzlich verhindert, aber die Legitimation für Privatisierungen wird auf breitere Füße gestellt. „Nicht finanzielle Zwänge oder ideologischer Zeitgeist dürfen entscheiden, maßgeblich ist künftig eine langfristige Gestaltung öffentlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge", so der SPD-Fraktionsvorsitzende.

Darüber hinaus schützt die Privatisierungsbremse auch vor ungewollten Nebenfolgen der Schuldenbremse. Denn nach deren geltenden Regelungen dürfen auch notwendige Investitionen in die Daseinsvorsorge und in die Infrastruktur künftig nur aus den Einnahmen der Länder finanziert werden. „Der Druck, dass Tafelsilber zu verschleudern wird dadurch größer. Die Privatisierungsbremse ist deshalb auch ein Rückschlagventil und ein notwendiges Korrektiv zur Schuldenbremse", so Tschöpe, der in der entsprechenden Verfassungsänderung ein „gutes Stück sozialer Demokratie" sieht. Diese Haltung teilen andere Länder offenbar, denn auch in Berlin wird aktuell an einer Privatisierungsbremse nach Bremer Vorbild gearbeitet. (as) ■

TÜR-ZU-TÜR WAHLKAMPF IST UNSERE GROSSE CHANCE

Stammwähler mobilisieren und Nichtwähler zurückgewinnen? Das geht über gute Politik und das persönliche Gespräch

Von Carsten Sieling

Es gibt viele gute Gründe, SPD zu wählen am 22. September. Damit sich Arbeit für alle lohnt, wollen wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Damit Bildungserfolg nicht länger von der Herkunft abhängt, wird die SPD vorrangig in Kitas und Schulen investieren und jedem das Recht auf Ausbildung geben. Ein neues Kindergeld soll Familien mit kleinem Einkommen besser unterstützen. Wir stehen für Sicherheit im Alter mit der Solidarrente von mindestens 850 Euro. Die SPD wird die Reichen mit höheren Steuern angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Und wir sorgen dafür, dass Banken und Finanzmärkte unter Kontrolle kommen. Das sind starke Argumente. Doch wir müssen sie auch selbstbewusst rüberbringen zu den Menschen in den Quartieren. Mobilisierung funktioniert nur, wenn wir alle offensiv das persönliche Gespräch suchen, mit den Freunden, Bekannten, Arbeitskollegen sowie an Infoständen oder bei Hausbesuchen.

Nah ran an die Menschen, das ist meine Parole. Und dies vor allem in unseren Hochburgen. Wo wir immer noch stark sind, aber eben auch viele Stimmen verloren haben – an die Nichtwähler. Das sind eigentlich unsere Leute. Für mich ist klar: Sie sind neben unseren Stammwählern die zentrale Zielgruppe im Wahlkampf. Denn je höher die Wahlbeteiligung, desto besser das Ergebnis für die SPD. Vor der letzten, entscheidenden Woche kann ich sagen, dass sich hier jedes einzelne Gespräch, jeder noch so kurze Kontakt, jede Einladung lohnt. Womöglich bleibt etwas hängen. Und sei es nur der Eindruck, dass sich da ein Kandidat und/oder die Freiwilligen seiner Partei nicht zu schade sind, persönlich vorbeizuschauen. Helft mit, dass möglichst viele Menschen zur Wahl gehen. Ich freue mich über jeden, der sich auf seine Weise im Wahlkampf engagiert! ■

FOTO: CARSTEN SIELING

Material verteilen: Auftakt zum Tür-zu-Tür Wahlkampf am Gottfried-Menken-Markt im Buntentor.

TERMINE:

JETZT GEHT'S RICHTIG LOS

Bis zum Wahlsonntag machen wir jeden Tag ab 17:00 Uhr Hausbesuche in unseren Hochburgen. Und dann zählen vor allem die letzten 72 Stunden: Infostände, Termine in den Quartieren, Rosen verteilen. Ich freue mich über jede Genossin und jeden Genossen, der sich an den Aktionen im Ortsverein beteiligt. Ruft Eure Vorsitzenden an, macht mit. Die drei Tage vor der Wahl zählen doppelt – immer mehr Wähler entscheiden kurzfristig, ob und wo sie ihre beiden Kreuze machen. Freiwillige können sich gerne in meinem Bremer Büro melden: Telefon 0421/3 50 18-25

FOTO: CARSTEN SIELING

Im Gespräch mit Christiane Leupold, Leiterin der Grundschule in der Vahr.

MARMELADE AM WAHLSONNTAG

„Wir kämpfen bis zum Schluss!" – das ist die Parole des Ortsvereins Horn-Achterdiek. Am Wahlsonntag wird wieder Marmelade vorm Bäcker verteilt. Kleine Gläschen roter Konfitüre gibt es etwa online bei butlers.de – noch ein SPD-Sticker drauf und fertig. Wichtig ist es, vorher den Bäcker um Erlaubnis zu fragen. „Die Aktion ist immer sehr gut angekommen", erinnert sich Genosse Dieter Schüler. „Die Leute freuen sich über den Beitrag zum Sonntagsfrühstück und werden dabei an die Wahl erinnert." ■

GUTE ERFAHRUNG MIT HAUSBESUCHEN

Vor dem Start der ersten Hausbesuche waren einige der freiwilligen Helfer skeptisch. Doch dann haben wir gute Erfahrungen gemacht. Erstaunlich viele Menschen öffneten uns die Tür, fast alle waren freundlich und wir sind mit ihnen ins Gespräch gekommen. Es wurden Einladungen für meine Veranstaltungen in den Quartieren „Mit Ihnen im Gespräch" verteilt und zur Teilnahme an der Bundestagswahl aufgerufen. Negative Erfahrungen blieben bisher die absolute Ausnahme. Bürgerinnen und Bürger freuten sich aufrichtig, dass die SPD wieder vor Ort ist. Nach dem Motto: Endlich kommen Sie mal wieder bei mir vorbei.

Der gute Auftakt motiviert unsere engagierten Teams aus Mitgliedern der Ortsvereine und Bürgern, weiter von „Tür-zu-Tür" zu gehen und die Menschen darüber hinaus auch im öffentlichen Raum anzusprechen. Wir starten diese Woche die zweite Welle Hausbesuche und ich freue mich über jede Genossin und jeden Genossen, der dabei ist. Viele Menschen sind nicht so abweisend wie wir oftmals denken. Die Erfahrung der letzten Wochen hat gezeigt, dass es sich lohnt, sie persönlich anzusprechen. Das gilt natürlich auch für Freunde und Bekannte. Seid mutig und werbt für die SPD und meine Person – wir sind die Partei, die tatsächlich Politik für mehr soziale Gerechtigkeit macht. ■

FOTO: CARSTEN SIELING

Persönlich an der Haustür präsent sein.

INFO:

FAHRDIENST ZUM WAHLLOKAL

Die SPD bietet einen Fahrdienst zum Wahllokal für alle an, die den Weg allein nicht bewältigen können. Wer Bedarf hat, kann unter Telefon 0421/3 50 18-31 anrufen und einen Termin buchen:
montags bis freitags von 9:00 bis 17:00 Uhr
und am Wahlsonntag von 8:00 bis 17:30 Uhr.
Wenn Ihr Menschen kennt, die einen Fahrdienst brauchen: Bitte bietet ihnen Hilfe an und ruft für sie bei unserer Hotline an. Jeder, der will, soll auch ins Wahllokal kommen.